# Bundesgesetzblatt

Teil II

Z 1998 A

1975	Ausgegeben zu Bonn am 25. April 1975	Nr. 27
Tag	Inhalt	Seite
21. 4. 75	Gesetz zu dem Abkommen vom 29. Juni 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen	601
17. 4. 75	Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 5/75 — Zollkontingente für griechische Weine)	616
21. 3. 75	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Kapitalhilfe	617
26. 3. 75	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit	618
11. 4. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Protokolle zur Verlängerung des Weizenhandels- und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971	622
14. 4. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Weltgesundheitsorganisation	623
15. 4. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs	623

#### Gesetz

# zu dem Abkommen vom 29. Juni 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 21. April 1975

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

# Artikel 1

Dem in Bonn am 29. Juni 1973 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und dem dazugehörenden Protokoll vom 29. Juni 1973 wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

# Artikel 2

- (1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 24 Abs. 2 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht dieser Anwendung die Unanfechtbarkeit bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen.
- (2) Soweit sich auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels oder auf Grund des Artikels 24 Abs. 2 des Abkommens für die Zeit bis zum Beginn des Kalenderjahrs, in dem das Abkommen in Kraft tritt, bei der jeweiligen Steuerart unter Berücksichtigung der jeweiligen deutschen und rumänischen Besteuerung insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach

den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht erhoben.

#### Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

#### Artikel 4

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 24 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet. Bonn, den 21. April 1975

> Der Bundespräsident Scheel

Der Bundeskanzler Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen Hans Apel

Der Bundesminister des Auswärtigen Genscher

# Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

# Convenție între Republica Federală Germania și Republica Socialistă România privind evitarea dublei impuneri asupra veniturilor și averii

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE SOZIALISTISCHE REPUBLIK RUMÄNIEN

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen, um ihre gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zu fördern, —

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

#### Artikel 1

# Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragstaat oder in beiden Vertragstaaten ansässig sind.

#### Artikel 2

# Unter das Abkommen fallende Steuern

- (1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die in den Vertragstaaten gemäß den geltenden gesetzlichen Bestimmungen erhoben werden.
- (2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten die Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Wertzuwachssteuern.
- (3) Die zur Zeit bestehenden Steuern, die in den Anwendungsbereich dieses Abkommens fallen, sind:
- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
  - die Einkommensteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer
  - die Körperschaftsteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zur Körperschaftsteuer.
  - die Vermögensteuer,
  - die Grundsteuer und
  - die Gewerbesteuer;
- b) in der Sozialistischen Republik Rumänien:

die Steuer vom Einkommen aus Löhnen, aus schriftstellerischen, künstlerischen und wissenschaftlichen

REPUBLICA FEDERALĂ GERMANIA

şi

#### REPUBLICA SOCIALISTĂ ROMÂNIA

1N DORINȚA DE A ÎNCHEIA o convenție pentru evitarea dublei impuneri asupra veniturilor și averii, în vederea promovării relațiilor economice reciproce,

AU CONVENIT URMĂTOARELE:

#### Articolul 1

# Sfera de aplicare cu privire la persoane

Prezenta convenție se aplică persoanelor care au o reședință în unul sau în ambele state contractante.

# Articolul 2

# Impozitele care cad sub incidența convenției

- (1) Prezenta convenție se aplică, indiferent de modul de percepere, impozitelor pe venit și pe avere care se prelevă în statele contractante, în conformitate cu prevederile legale în vigoare.
- (2) Sint considerate ca impozite pe venit și pe avere impozitele percepute pe venitul total, pe averea totală sau asupra unor părți de venit sau de avere, inclusiv impozitele asupra veniturilor provenind din înstrăinarea bunurilor mobile sau imobile, precum și impozitele asupra creșterii valorii.
- (3) Impozitele actuale care cad sub incidența prezentei convenții sînt următoarele:
- a) în Republica Federală Germania:
  - impozitul asupra venitului (die Einkommensteuer), inclusiv impozitul complimentar la impozitul pe venit (Ergänzungsabgabe);
  - impozitul asupra societăților (die Körperschaftsteuer), inclusiv impozitul complimentar la impozitul asupra societăților (Ergänzungsabgabe);
  - impozitul asupra averii (die Vermögensteuer);
  - impozitul funciar (die Grundsteuer);
  - impozitul profesional (die Gewerbesteuer).
- b) In Republica Socialistă România:
  - impozitul pe veniturile din salarii, din lucrări de litere, artă şi ştiinţă, precum şi veniturile din cola-

Werken, aus der Mitarbeit an Veröffentlichungen, aus künstlerischen Darbietungen, aus Gutachten sowie aus anderen Quellen;

die Steuer vom Einkommen der gemischten Gesellschaften, an welchen rumänische Wirtschaftsorganisationen und ausländische Partner beteiligt sind;

die Steuer vom Einkommen aus produktiver, handwerklicher und freiberuflicher Tätigkeit sowie vom Einkommen, das von nichtstaatlichen Unternehmen bezogen wird;

die Steuer vom Einkommen aus der Landwirtschaft;

Steuern von Gebäuden und städtischen Grundstücken sowie

Abgaben für Transportmittel.

- (4) Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Besteuerung des Einkommens oder des Vermögens gelten entsprechend für die nicht nach dem Einkommen oder dem Vermögen berechnete Gewerbesteuer, die in der Bundesrepublik Deutschland erhoben wird.
- (5) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten teilen einander am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen, soweit erforderlich, mit

#### Artikel 3

# Allgemeine Definitionen

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang keine andere Auslegung erfordert:
- a) bedeuten die Ausdrücke "ein Vertragstaat" und "der andere Vertragstaat", je nach dem Zusammenhang, die Bundesrepublik Deutschland oder die Sozialistische Republik Rumänien;
- b) umfaßt der Ausdruck "Person" natürliche Personen und Gesellschaften;
- c) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" alle juristischen Personen einschließlich der gemischten Gesellschaften rumänischen Rechts oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- d) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragstaates" und "Unternehmen des anderen Vertragstaates", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Person betrieben wird;
- e) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde" auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen und auf seiten der Sozialistischen Republik Rumänien das Finanzministerium.
- (2) Bei Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand dieses Abkommens sind.

# Artikel 4

# Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund

- borări la publicații, la spectacole, din expertize și din alte surse;
- impozitul asupra veniturilor societăților mixte la care participă organizații economice române și parteneri străini;
- impozitul pe veniturile din activități productive meserii, profesii libere — precum și din întreprinderi altele decît cele de stat;
- impozitul asupra veniturilor realizate din activități agricole;
- impozitul pe clădiri și terenuri din orașe;
- --- taxele asupra mijloacelor de transport.
- (4) Dispozițiile prezentei convenții privind impozitul asupra veniturilor și asupra averii se aplică în mod corespunzător asupra impozitului profesional (Gewerbesteuer) perceput în Republica Federală Germania pe alte baze decit venitul sau averea.
- (5) Această convenție se va aplica, de asemenea, impozitelor viitoare de natură identică sau analogă care se vor adăuga celor existente sau care le vor înlocui. Autoritățile competente ale statelor contractante își vor comunica reciproc, la finele fiecărui an, în măsura în care este necesar, modificările aduse legislației fiscale respective.

#### Articolul 3

#### Definiții generale

- (1) In sensul prezentei convenții, în măsura în care contextul nu cere o interpretare diferită:
- a) expresiile "un stat contractant" şi "celălalt stat contractant" indică, după context, Republica Socialistă România sau Republica Federală Germania;
- b) termenul "persoană" cuprinde persoanele fizice și societățile;
- c) termenul "societate" indică toate persoanele juridice, inclusiv societățile mixte prevăzute de legislația română sau subiectele de drept care sînt considerate ca persoane juridice în vederea aplicării impozitelor;
- d) expresiile "întreprindere a unui stat contractant" şi "întreprindere a celuilalt stat contractant", indică după caz, o întreprindere exploatată de o persoană care îşi are reşedinţa într-un stat contractant sau o întreprindere care este exploatată de o persoană care îşi are reşedinţa în celălalt stat contractant;
- e) expresia "autoritate competentă" indică, în Republica Socialistă România, Ministerul Finanțelor, iar în Republica Federală Germania, Ministerul Federal al Finanțelor.
- (2) Pentru aplicarea convenției de către un stat contractant, orice expresie care nu este altfel definită prin convenție și în măsura în care contextul nu cere o interpretare diferită va avea sensul care i se atribuie de către legislația menționatului stat care reglementează impozitele făcind obiectul convenției.

# Articolul 4

# Domiciliul fiscal

(1) In sensul prezentei convenții, expresia "o persoană care își are reședința într-un stat contractant" desemnează orice persoană care, în virtutea prevederilor legale

ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragstaaten ansässig, so gilt folgendes:
- a) Die Person gilt als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat.
- b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragstaat die Person die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.
- (3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

#### Artikel 5

#### Betriebsstätte

- (1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.
  - (2) Der Ausdruck "Betriebstätte" umfaßt insbesondere:
- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte,
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.
  - (3) Als Betriebstätten gelten nicht:
- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden, sowie die Waren selbst, einschließlich des Verkaufs solcher Waren im Anschluß an eine Messe;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- c) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen, Informationen zu beschaffen oder Werbung zu betreiben;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen wissenschaftliche Forschung zu betreiben, Auskünfte zu erteilen oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen
- (4) Ist eine Person mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 in einem Vertragstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte als gegeben, wenn die Person

- ale statului menționat, este subiect de impunere în acest stat, datorită domiciliului său, reședinței sale, sediului conducerii sau pe baza oricărui alt criteriu de natură analogă.
- (2) Dacă, conform dispozițiilor paragrafului 1, o persoană fizică este rezidentă în ambele state contractante se aplică următorarele dispozițiuni:
- a) Această persoană este considerată ca rezidentă a statului contractant în care are o locuință permanentă. Dacă ea are o locuință permanentă în fiecare din statele contractante, este considerată ca rezidentă a statului contractant cu care legăturile sale personale și economice sînt cele mai strinse.
- b) Dacă nu se poate stabili în care din statele contractante persoana respectivă își are legăturile personale și economice cele mai strînse, sau această persoană nu dispune de o locuință permanentă în nici unul din statele contractante, ea este considerată ca rezidentă a statului contractant în care locuiește în mod obișnuit.
- (3) Dacă, în conformitate cu dispozițiile paragrafului 1, o persoană, alta decît o persoană fizică, este rezidentă în ambele state contractante, se consideră că reședința ei este în statul contractant unde se află sediul conducerii efective a afacerilor sale.

#### Articolul 5

#### Sediu stabil

- (1) In sensul prezentei convenții, expresia "sediu stabil" indică o unitate permanentă a întreprinderii în care aceasta exercită în total sau în parte activitatea sa.
  - (2) Expresia "sediu stabil" cuprinde îndeosebi:
- a) un sediu al conducerii;
- b) o sucursală;
- c) un birou;
- d) o fabrică;
- e) un atelier;
- f) o mină, o carieră sau orice alt loc de extracție a bogățiilor naturale;
- g) un şantier de construcție sau de montaj a cărui durată depășește 12 luni.
  - (3) Nu se consideră sediu stabil:
- a) amenajările folosite exclusiv pentru depozitarea, expunerea sau livrarea de bunuri sau mărfuri ale întreprinderii, precum și mărfurile însăși, inclusiv vînzarea unor astfel de măfuri după închiderea unui tîrg;
- stocurile de bunuri sau mărfuri ale unei întreprinderi destinate exclusiv în scopul prelucrării lor de către o altă întreprindere;
- c) o unitate permanentă folosită exclusiv în scopul de a cumpăra bunuri sau mărfuri pentru întreprindere, culegere de informații, ori pentru reclamă;
- d) o unitate permanentă întreținută exclusiv în scopul de a efectua cercetări științifice pentru întreprindere, să dea informații sau de a exercita activități similare care au un caracter pregătitor sau reprezintă o activitate auxiliară.
- (4) Dacă o personă cu excepția unui reprezentant independent în sensul paragrafului 5 desfășoară o activitate într-un stat contractant pentru o întreprindere a celuilalt stat contractant, se consideră că există un sediu stabil în primul stat atunci cînd persoana este îm-

eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

- (5) Ein Unternehmen eines Vertragstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.
- (6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebstätte der anderen.

#### Artikel 6

#### Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

- (1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.
- (2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" bestimmt sich nach dem Recht des Vertragstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.
- (3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens
- (4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

# Artikel 7

#### Unternehmensgewinne

- (1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragstaates können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt. Ubt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.
- (2) Ubt ein Unternehmen eines Vertragstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so sind in jedem Vertragstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.
- (3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Auf-

- puternicită să încheie contracte în numele întreprinderii și face uz de această împuternicire în mod obișnuit în acel stat, cu excepția cazului în care își limitează activitatea la cumpărarea de bunuri sau mărfuri pentru intreprindere.
- (5) O întreprindere a unuia dintre statele contractante nu se consideră ca avînd un sediu stabil în celălalt stat contractant numai prin faptul că își exercită activitatea aici printr-un intermediar, un comisionar sau printr-un alt reprezentant independent, în măsura în care aceste persoane lucrează în cadrul activității lor comerciale în mod regulat.
- (6) Faptul că o societate care își are reședința într-un stat contractant controlează sau este controlată de o societate care își are reședința în celălalt stat contractant sau își exercită în acel stat activitatea sa (fie printr-un sediu stabil sau în alt mod) nu este prin el însuși suficient pentru a face ca una dintre cele două societăți să devină un sediu stabil al celeilalte.

#### Articolul 6

#### Venituri din proprietăți imobiliare

- (1) Veniturile provenind din bunuri imobile sînt impozabile în statul contractant în care sînt situate aceste bunuri
- (2) Expresia "bunuri imobile" este definită în conformitate cu legislația statului contractant în care sint situate bunurile respective. Expresia cuprinde, în orice caz, toate accesoriile bunurilor imobiliare, inventarul viu și mort al exploatărilor agricole și forestiere, drepturile asupra cărora se aplică dispozițiile dreptului privat cu privire la proprietatea funciară, uzufructul bunurilor imobile, precum și drepturile asupra remunerărilor variabile sau fixe pentru exploatarea sau concesionarea exploatării zăcămintelor minerale, izvoare și alte bogății ale solului; navele și aeronavele nu sînt considerate bunuri imobile.
- (3) Dispozițiile paragrafului 1 se aplică veniturilor obținute din folosirea directă, din închiriere, arendare, precum și din folosirea în orice altă formă a proprietății imobiliare.
- (4) Prevederile paragrafelor 1 și 3 se aplică, de asemenea, veniturilor provenind de la bunurile imobile ale unei întreprinderi și veniturilor de la bunurile imobile folosite la exercitarea unei profesiuni libere.

# Articolul 7

#### Beneficiile întreprinderilor

- (1) Beneficiile unei întreprinderi a unui stat contractant sînt impozabile numai în acest stat, în afară de cazul cînd întreprinderea exercită activitatea sa în celălalt stat contractant printr-un sediu stabil aflat în acel stat. Dacă întreprinderea exercită activitatea sa în acest fel, beneficiile întreprinderii sînt impozabile în celălalt stat (al doilea), dar numai în măsura în care pot fi atribuite acelui sediu stabil.
- (2) Dacă o întreprindere a unui stat contractant exercită activitatea sa și în celălalt stat contractant printr-un sediu stabil aflat în acel stat, beneficiile vor fi atribuite în fiecare stat contractant acelui sediu stabil care le-ar fi putut realiza dacă ar fi exercitat, ca întreprindere independentă, o activitate identică sau similară în condiții identice sau similare și ar fi fost complet independet în relațiile cu întreprinderea a cărui sediu stabil este.
- (3) La stabilirea beneficiilor unui sediu stabil cheltuielile efectuate pentru acest sediu stabil, inclusiv chel-

wendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

- (4) Soweit es in einem Vertragstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die Art der angewendeten Gewinnaufteilung muß jedoch so sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt
- (5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.
- (6) Bei Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.
- (7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens genannt sind, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

#### Artikel 8

#### Seeschiffahrt, Binnenschiffahrt und Luftfahrt

- (1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.
- (2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschiffahrt dienen, können nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.
- (3) Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Beteiligungen eines Unternehmens der Schiff- oder Luftfahrt an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einem anderen internationalen Betriebszusammenschluß.

# Artikel 9

#### Dividenden

- (1) Dividenden, die eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.
- (2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:
- a) 10 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (ausgenommen eine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden in allen anderen Fällen.
- (3) Solange in einem Vertragstaat der Steuersatz vom Gewinn einer Gesellschaft für den ausgeschütteten Gewinn niedriger ist als der Steuersatz für den nicht ausgeschütteten Gewinn und der Unterschied 20 vom Hundert oder mehr beträgt, darf abweichend von Absatz 2 die Steuer, die in diesem Staat von den Dividenden erhoben wird, 25,75 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden betragen, wenn die Dividenden von einer in

tuielile de conducere și cheltuielile generale de administrare, sînt admise la scădere, indiferent de faptul dacă s-au produs în statul în care se află sediul stabil sau în altă parte.

- (4) In măsura în care într-un stat contractant este uzual ca beneficiile ce urmează să fie atribuite unui sediu stabil să fie determinate prin repartizarea beneficiilor totale ale întreprinderii între diferitele ei părți componente, nici o dispoziție a paragrafului 2 nu împiedică ca acest stat contractant să stabilească beneficiile impozabile în conformitate cu repartiția uzuală; modul de repartizare adoptat trebuie, în orice caz, să fie astfel încît rezultatul să concorde cu principiile acestui articol.
- (5) Simpla cumpărare de bunuri și mărfuri pentru întreprindere de către un sediu stabil nu poate da loc la atribuirea de beneficii pentru acel sediu stabil.
- (6) In vedera aplicării prevederilor paragrafelor precedente, beneficiile atribuibile unui sediu stabil se vor determina în fiecare an în același mod, afară de cazul cînd există motive suficiente de a proceda în alt fel.
- (7) Dacă beneficiile cuprind venituri menționate în alte articole ale prezentei convenții, prevederile acelor articole nu sînt afectate de prevederile prezentului articol.

#### Articolul 8

#### Navigație maritimă, pe ape interioare si aeriană

- (1) Beneficiile provenind din exploatarea, în trafic internațional, a navelor sau aeronavelor pot fi impuse numai în statul contractant în care se află locul conducerii efective a întreprinderii.
- (2) Beneficiile provenind din exploatarea navelor în transporturi interne pe apă pot fi impuse numai în statul contractant în care se află locul conducerii efective a întreprinderii.
- (3) Dispozițiile paragrafelor 1 și 2 se aplică în mod corespunzător și participărilor pe care le are o întreprindere de transporturi aeriene sau navale într-un pool, o exploatare în comun sau o altă organizație internațională de exploatare.

# Articolul 9

#### Dividende

- (1) Dividende plătite de către o societate care are o reședință într-unul din statele contractante către o persoană care are o reședință în celălalt stat contractant pot fi impuse în acest celălalt stat.
- (2) Cu toate acestea, dividendele pot fi impuse și în statul contractant în care societatea plătitoare de dividende are o reședință potrivit legislației acestui stat, impozitul nu poate însă depăși:
- a) 10 la sută din suma brută a divendelor dacă beneficiarul dividendelor este o societate (cu excepția societăților de persoane) care deține nemijlocit cel puțin 25 la sută din capitalul societății plătitoare de dividende;
- b) 15 la sută din suma brută a dividendelor, în toate celelalte cazuri.
- (3) In măsura în care într-unul din statele contractante cota de impozit asupra beneficiului unei societăți privitoare la beneficiul distribuit este mai mică decît cota de impozit pentru beneficiul nedistribuit, iar diferența este de 20 la sută sau mai mare, impozitul care este perceput în acest stat asupra dividendelor poate, prin derogare de la prevederile alineatului 2, să fie de 25,75 la sută din suma brută a dividendelor, dacă acestea provin de la

diesem Vertragstaat ansässigen Gesellschaft stammen und von einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Gesellschaft bezogen werden, der entweder selbst oder zusammen mit anderen Personen, von denen sie beherrscht wird oder die mit ihr gemeinsam beherrscht werden, unmittelbar oder mittelbar mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der in dem erstgenannten Staat ansässigen Gesellschaft gehören.

- (4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einnahmen aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gewinnanteilen oder anderen Rechten ausgenommen Forderungen mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einnahmen, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einnahmen aus Aktien gleichgestellt sind, einschließlich der Einnahmen aus Beteiligungen an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter im Sinne des Rechts der Bundesrepublik Deutschland, aus Gewinnobligationen oder aus partiarischen Darlehen sowie der Ausschüttungen auf die Anteilscheine von Kapitalanlagegesellschaften (Investmentfonds).
- (5) Die Absätze 1 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.
- (6) Bezieht eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

# Artikel 10

# Zinsen

- (1) Zinsen, die aus einem Vertragstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.
- (2) Diese Zinsen können jedoch in dem Vertragstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Betrages der Zinsen nicht übersteigen.
- (3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.
- (4) Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden
- (5) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragstaat stammend, wenn der Schuldner in diesem Staat ansässig

- o societate care își are sediul în acest stat contractant, sint încasate de o societate care își are sediul în celălalt stat contractant și care, fie singură sau împreună cu alte persoane care o controlează sau cu care împreună este controlată, deține direct sau indirect cel puțin 25 la sută din părțile sociale cu drept de vot în societatea care iși are sediul pe teritoriul primului stat.
- (4) Termenul "dividende", folosit în acest articol, indică veniturile provenind din acțiuni, drepturi de folosință sau titluri de folosință, acțiuni miniere, participări la beneficii sau alte drepturi cu participare la beneficii cu excepția creanțelor precum și alte venituri provenind din părțile sociale care, în conformitate cu legislația fiscală a statului în care societatea distribuitoare a beneficiului își are sediul sînt echivalate cu veniturile din acțiuni, inclusiv veniturile provenind din participări la o activitate comercială în calitate de asociat tacit în sensul dreptului Republicii Federale Germania, din obligații cu cîstiguri sau din împrumuturi dind dreptul la o participare a creditorului la beneficiile debitorului precum și din distribuiri asupra titlurilor de participare ale societăților de investiții de capitaluri (Investment fonds).
- (5) Prevederile paragrafelor 1 și 3 nu se aplică, dacă beneficiarul dividendelor care își are reședința într-unul din statele contractante are un sediu stabil în celălalt stat contractant în care se află sediul societății plătitoare de dividende și dacă participarea pentru care se plătesc dividendele se referă efectiv la acel sediu stabil. În acest caz, se aplică prevederile articolului 7.
- (6) Dacă o societate rezidentă a unui stat contractant realizează beneficii sau venituri în celălalt stat contractant, acest celălalt stat contractant nu poate percepe nici un impozit asupra dividendelor plătite de acea societate unor persoane care nu își au reședința în acest celălalt stat, nici să preleve impozite asupra beneficiilor nedistribuite ale societății, chiar dacă dividendele plătite sau beneficiile nedistribuite reprezintă, în total sau în parte, beneficii sau venituri realizate în acest celălalt stat.

# Articolul 10

# Dobînzi

- (1) Dobînzile provenind dintr-un stat contractant și plătite unei persoane care are reședința în celălalt stat contractant pot fi impuse în acest celălalt stat contractant.
- (2) Aceste dobinzi pot fi însă impuse și în statul contractant din care provin, în conformitate cu legislația acestui stat, dar impozitul astfel stabilit nu poate depăși 10 la sută din suma dobînzilor.
- (3) Termenul "dobînzi", folosit în prezentul articol, înseamnă veniturile din împrumuturi publice, din titluri de obligațiuni, indiferent dacă sînt cu participare la beneficii sau garantate ipotecar, veniturile care provin din creanțe de orice natură, precum și toate celelalte venituri care sînt asimilate de legislația fiscală a statului din care provin cu veniturile din împrumuturi.
- (4) Prevederile paragrafelor 1 și 2 nu se aplică cînd beneficiarul dobînzilor, rezident al unui stat contractant, are în celălalt stat contractant din care provin dobînzile un sediu stabil și creanța pentru care se plătesc dobînzi aparține efectiv acelui sediu stabil. În acest caz, se aplică prevederile articolului 7.
- (5) Dobînzile sînt considerate ca provenind dintr-un stat contractant atunci cînd debitorul își are reședința

ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragstaat eine Betriebstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte eingegangen und trägt die Betriebstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

#### Artikel 11

#### Lizenzgebühren

- (1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragstaat stammen und von einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Person bezogen werden, können nur in dem anderen Staat besteuert werden.
- (2) Diese Lizenzgebühren können jedoch in dem Vertragstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Betrages der Lizenzgebühren nicht übersteigen.
- (3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.
- (4) Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.
- (5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragstaat eine Betriebstätte und ist der Vertrag, auf Grund dessen die Lizenzgebühren zu zahlen sind, für Zwecke der Betriebstätte geschlossen und trägt die Betriebstätte diese Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragstaat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.
- (6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht

în acel stat. Cu toate acestea, dacă debitorul dobînzilor, indiferent dacă este sau nu rezident al unui stat contractant, are într-un stat contractant un sediu stabil și creanța pentru care se plătesc aceste dobînzi a fost contractată pentru trebuințele acelui sediu stabil, iar dobînzile se plătesc de acel sediu, aceste dobînzi sint considerate ca provenind din statul contractant în care este situat sediul stabil.

(6) Dacă între debitor și creditor sau între fiecare dintre ei și o terță persoană există relații speciale și din această cauză dobînzile plătite și evaluate conform creanței de bază depășesc suma pe care debitorul și creditorul ar fi plătit-o fără existența acestor relații, prevederile prezentului articol se aplică numai la această ultimă sumă. In acest caz, partea care excede poate fi impusă în conformitate cu legislația fiecărui stat contractant, ținîndu-se seama și de celelalte dispoziții ale prezentei convenții.

#### Articolul 11

#### Drepturile de licentă

- (1) Drepturile de licență care provin dintr-un stat contractant și sînt plătite unei persoane care își are reședința în celălalt stat contractant pot fi impuse numai în acest celălalt stat contractant.
- (2) Aceste drepturi de licență pot fi însă impuse și în statul contractant din care provin, în conformitate cu legislația acelui stat; impozitul nu poate însă depăși 10 la sută din suma reprezentind drepturile de licență.
- (3) Termenul folosit in acest articol de "drepturi de licență" inseamnă remunerări de orice fel plătite pentru folosirea sau pentru concesionarea folosirii unor drepturi de autor asupra unor opere literare, artistice sau științifice, inclusiv filmele cinematografice, asupra brevetelor, mărcilor de fabrică, desene sau modele, planuri, formule sau procedee secrete sau pentru folosire ori concesionarea folosirii unor echipamente industriale, comerciale sau științifice ori pentru comunicarea de informații privitoare la o experiență dobindită în domeniul industrial, comercial sau științific.
- (4) Prevederile paragrafelor 1 și 2 nu se aplică dacă beneficiarul drepturilor de licență care își are reședința întrun stat contractant are în celălalt stat contractant din care provin drepturile de licență un sediu stabil și drepturile sau valorile patrimoniale pentru care se plătesc drepturile de licență aparțin efectiv acelui sediu stabil. In acest caz se aplică prevederile articolului 7.
- (5) Se consideră că drepturile de licență provin dintrun stat contractant atunci cind debitorul acestora este statul însuși sau o persoană care își are reședința în acel stat. Dacă, totuși, debitorul drepturilor de licență, indiferent dacă are sau nu reședința într-unul din statale contractante, are un sediu stabil într-un stat contractant, iar contractul pe baza căruia urmează să fie plătite drepturile de licență a fost încheiat pentru trebuințele sediului stabil și drepturile de licență sînt plătite de acest sediu stabil, se consideră că drepturile de licență provin din statul contractant în care se află acest sediu stabil.
- (6) Dacă între debitor și creditor sau între fiecare dintre ei și o terță persoană există relații speciale și din această cauză drepturile de licență plătite și evaluate conform prestației de bază depășesc drepturile de licență pe care debitorul și creditorul le-ar fi convenit fără existența acestor relații, prevederile prezentului articol se aplică numai la această ultimă sumă. În acest caz, partea care excede poate fi impusă în conformitate

jedes Vertragstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

cu legislația fiecărui stat contractant ținîndu-se seama și de celelalte disposiții ale prezentei convenții.

#### Artikel 12

#### Selbständige Arbeit

- (1) Einkünfte, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so können die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.
- (2) Der Ausdruck "freier Beruf" umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Arzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Bücherrevisoren.

#### Artikel 13

#### Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen

- (1) Vorbehaltlich der Artikel 14 und 16 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in dem anderen Staat besteuert werden.
- (2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn
- a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahres aufhält,
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist. und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.
- (3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschiffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

#### Artikel 14

#### Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrates einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

#### Articolul 12

#### Profesiuni libere

- (1) Veniturile realizate de către un rezident al unui stat contractant din exercitarea unei profesii libere sau din altă activitate independentă similară pot fi impuse numai în acest stat, afară de cazul cînd persoana dispune în mod obișnuit de un centru stabil pentru exercitarea activității sale în celălalt stat contractant. Dacă el dispune de un astfel de centru stabil, veniturile pot fi impuse în acest celălalt stat, dar numai în măsura in care pot fi atribuite acelui centru stabil.
- (2) Expresia "profesiuni libere" cuprinde în special activitățile independente de ordin ștințific, literar, artistic, educativ sau pedagogic, precum și activitatea independentă a medicilor, avocaților, inginerilor, arhitecților, dentiștilor și contabililor.

# Articolul 13

#### Salarii si alte forme de remunerare a muncii

Sub rezerva prevederilor articolelor 14 și 16 salariile și remunerațiile similare pe care o persoană care își are reședința într-un stat contractant le privește pentru muncă prestată ca angajat pot fi impuse numai în acel stat, în afară de cazul cind munca este exercitată în celălalt stat contractant. Dacă munca este exercitată în acest stat, remunerațiile primite pot fi impuse în acest celălalt stat

- (2) Indiferent de prevederile paragrafului 1, remunerațiile pe care o persoană care își are reședința într-un stat contractant le primește pentru o muncă prestată ca angajat în celălalt stat contractant pot fi impuse numai în primul stat contractant dacă:
- a) beneficiarul nu locuiește în total în celălalt stat mai mult de 183 de zile în cursul anului calendaristic respectiv;
- remunerațiile sînt plătite de o persoană care angajează sau pentru o persoană care angajează și care nu își are reședința în celălalt stat;
- c) remunerațiile nu sînt plătite de către un sediu stabil sau de un centru stabil pe care cel care angajează îl are în celălalt stat.
- (3) Indiferent de prevederile de mai sus ale prezentului articol, remunerațiile încasate pentru o muncă prestată ca angajat la bordul unei nave maritime sau aeronave în trafic internațional ori la bordul unei nave care servește transportului pe ape interiore, pot fi impuse în statul contractant în care este situat locul conducerii efective a întreprinderii.

# Articolul 14

# Remunerarea consiliilor de administrație și de conducere

Remunerațiile consiliilor de administrație și de conducere sau plățile similare pe care o persoană care își are reședința într-un stat contractant le primește în calitate de membru al unui consiliu de administrație sau de conducere al unei societăți care își are reședința în celălalt stat contractant pot fi impuse în acest celălalt stat contractant.

#### Artikel 15

#### Künstler und Sportler

- (1) Ungeachtet der Artikel 12 und 13 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.
- (2) Abweichend von Absatz 1 können Einkünfte aus Tätigkeiten der in Absatz 1 genannten Art bei Personen, die im Rahmen des von den Vertragstaaten gebilligten Kulturaustausches auftreten, nur in dem Staat besteuert werden, in dem sie ansässig sind.

#### Artikel 16

#### Offentliche Kassen

- (1) Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft in Ausübung öffentlicher Funktionen erbrachten Dienste gewährt werden, können in diesem Staat besteuert werden. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Vergütungen an Personen gezahlt werden, die in dem anderen Staat ständig ansässig sind.
- (2) Auf Vergütungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, finden die Artikel 13 und 14 Anwendung.

# Artikel 17

# Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

Ist eine natürliche Person in einem Vertragstaat ansässig, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragstaat begibt, und hält sie sich in dem anderen Staat lediglich als Student einer Universität, Hochschule, Schule oder anderen ähnlichen Lehranstalt dieses anderen Staates oder als Lehrling (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre oder Praktikanten) oder als sonstige Person zum Zweck der Fortbildung vorübergehend auf, so ist sie vom Tage ihrer ersten Ankunft in dem anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt von der Steuer dieses anderen Staates befreit:

- a) hinsichtlich aller für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland und
- b) während der Dauer von höchstens drei Jahren hinsichtlich aller Vergütungen bis zu 6 000 DM oder deren Gegenwert in rumänischer Währung je Kalenderjahr für Arbeit, die sie in dem anderen Vertragstaat ausübt, um die Mittel für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung zu ergänzen.

# Artikel 18

#### Vermögen

- (1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.
- (2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte eines Unternehmens darstellt oder

#### Articolul 15

#### Artisti si sportivi

- (1) Veniturile pe care le realizează artiștii profesioniști cum sînt actorii de teatru, de cinematograf, artiștii de radio sau de televiziune, interpreții muzicali, precum și sportivii din activitatea exercitată personal în această calitate pot fi impuse în statul contractant în care aceste activități sînt exercitate. Prevederile articolelor 12 și 13 nu au aplicațiune în aceste cazuri.
- (2) Prin derogare de la prevederile alineatului 1, veniturile realizate din activități de natura celor menționate la alineatul 1, de către persoane care dau spectacole în cadrul schimburilor culturale aprobate de statele contractante nu pot fi impuse decît în statul în care își au reședința acele persoane.

#### Articolul 16

#### Plăți din fonduri publice

- (1) Remunerațiile, inclusiv pensiile, accordate de unul din statele contractante sau de una din colectivitățile sale teritoriale direct sau dintr-un patrimoniu special creat de către acel stat sau de o colectivitate teritorială unei persoane fizice pentru serviciile aduse acelui stat sau colectivitătii teritoriale prin exercitarea unor funcțiuni publice pot fi impuse în acel stat. Această dispoziție nu se aplică atunci cînd remunerația este plătită unei persoane fizice care domiciliază permanent în celălalt stat.
- (2) In cazul remunerațiilor și pensiilor plătite pentru servicii prestate în cadrul unei activități comerciale sau industriale a unuia din statele contractante sau a uneia din colectivitățile sale teritoriale se aplică prevederile articolelor 13 și 14.

# Articolul 17

# Studenți si alte persoane în curs de instruire

Dacă o persoană fizică este rezidentă a unui stat contractant înainte de a merge direct în celălalt stat contractant și rămîne temporar în acest celălalt stat contractant exclusiv în calitate de student al unei universități, al altei instituții de învățămînt superior, al unei școli sau al unui alt institut de învățămînt similar din cel de al doilea stat contractant sau ca ucenic (în Republica Federală Germania inclusiv ca voluntar sau practicant) ori pentru perfecționare profesională, ea este scutită de impozit din ziua primei sosiri, în aceste scopuri, în cel de al doilea stat contractant, după cum urmează:

- a) pentru transferurile din străinătate destinate întreținerii, educării sau instruirii ei;
- b) pe timp de maximum trei ani pentru toate remunerațiile de pînă la 6.000 D.M. sau contravaloarea lor în valută română, pe an calendaristic, primite pentru munca pe care o exercită în celălalt stat contractant, cu scopul de a-şi întregi mijloacele de întreținere, educare sau instruire.

# Articolul 18

#### Bunuri

- (1) Bunurile imobiliare în sensul prevederilor articolului 6, paragraful 2, pot fi impuse în statul contractant în care sînt situate aceste bunuri.
- (2) Bunurile mobile care reprezintă mijloacele de exploatare ale unui sediu stabil al unei întreprinderi sau

das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebstätte oder die feste Einrichtung befindet.

- (3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr und Schiffe, die der Binnenschiffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.
- (4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

#### Artikel 19

#### Beseitigung der Doppelbesteuerung

- (1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:
- a) Von der Bemessungsgrundlage für die Steuer der Bundesrepublik Deutschland werden die Einkünfte aus Quellen innerhalb der Sozialistischen Republik Rumänien und die in der Sozialistischen Republik Rumänien gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Sozialistischen Republik Rumänien besteuert werden können, soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünste und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen. Auf Dividenden ist Satz 1 nur anzuwenden, wenn die Dividenden einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft von einer in der Sozialistischen Republik Rumänien ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehören. Von der Bemessungsgrundlage für die Steuer der Bundesrepublik Deutschland werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden nach dem vorstehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage ausgenommen sind oder bei Zahlung auszunehmen wären.
- b) Die Steuer, die nach dem Recht der Sozialistischen Republik Rumänien und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für die nachstehenden, aus Quellen innerhalb der Sozialistischen Republik Rumänien stammenden Einkünfte gezahlt wird, wird unter Beachtung der Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die von diesen Einkünften in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer angerechnet:
  - Dividenden im Sinne des Artikels 9, die nicht unter Buchstabe a fallen.
  - 2. Zinsen im Sinne des Artikels 10,
  - 3. Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 11,
  - 4. Einkünfte im Sinne des Artikels 14,
  - 5. Einkünfte im Sinne des Artikels 15.
- (2) Bei einer in der Sozialistischen Republik Rumänien ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

Auf die Steuer, die in der Sozialistischen Republik Rumänien von den aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünften und den in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögenswerten erhoben wird, wird unter Beachtung der Vorschriften des Steuerrechts der Sozialistischen Republik Rumänien über die Anrechnung ausländischer Steuern die Steuer angerechnet, die care aparțin unui centru stabil ce servește exercitării unei profesii libere pot fi impuse în statul contractant în care se află sediul sau centrul stabil.

- (3) Navele maritime și aeronavele exploatate în trafic internațional și navele servind la navigația interioară, precum și bunurile mobile afectate exploatării acestor nave și aeronave sint impozabile numai în statul contractant în care se află locul conducerii efective a întreprinderii
- (4) Toate celelalte elemente ale averii unei persoane care își are reședința într-un stat contractant pot fi impuse numai în acel stat.

#### Articolul 19

#### Inlăturarea dublei impuneri

- (1) Pentru o persoană care își are reședința în Republica Federală Germania:
- a) Din baza de impunere a Republicii Federale Germania se exceptează veniturile provenind din surse aflate în Republica Socialistă România sau valorile patrimoniale aflate în Republica Socialistă România care, în conformitate cu prezenta convenție, pot fi impuse în Republica Socialistă România, în măsura în care nu sînt aplicabile prevederile de la litera b. Republica Federală Germania își rezervă dreptul să țină seama de veniturile astfel exceptate la stabilirea cotelor de impunere. Fraza 1 se aplică la dividende numai în cazul cînd dividendele sînt plătite de o societate care își are sediul în Republica Socialistă România unei societăți de capitaluri care își are reședința în Republica Federală Germania și care posedă cel puțin 25 la sută din părțile sociale cu drept de vot al primei societăți. Din baza de impunere pentru impozitul Republicii Federale Germania se exceptează, de asemenea, participările ale căror dividende, în conformitate cu fraza anterioară, sînt exceptate din baza de impunere sau ar fi exeptate la plată.
- b) Impozitul care în conformitate cu legislația Republicii Socialiste România și în concordanță cu prezenta convenție se plătește pentru veniturile menționate mai jos, provenite din surse aflate în Republica Socialista România, se ia în considerare la impozitul perceput în Republica Federală Germania asupra acestor venituri, ținînd seama de prevederile legislației fiscale a Republicii Federale Germania privitoare la luarea în considerare a impozitelor străine:
  - Dividendele în sensul articolului 9 care nu cad sub incidența prevederilor de la litera a;
  - 2. Dobînzile, în sensul prevederilor articolului  ${\bf 10}$  ;
  - Drepturi de licență în sensul prevederilor articolului 11;
  - 4. Veniturile în sensul prevederilor articolului 14;
  - 5. Veniturile în sensul prevederilor articolului 15.
- (2) Pentru o persoană care își are reședința în Republica Socialistă România, impozitul se stabilește în felul următor:

La impozitul care se percepe în Republica Socialistă România asupra veniturilor provenind din Republica Federală Germania și asupra valorilor patrimoniale aflate în Republica Federală Germania se ia în considerare, ținînd seama de prevederile legislației fiscale din Republica Socialistă România privitoare la luarea în considerare a impozitelor străine, impozitul care a fost plătit în

nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist

Der anzurechnende Betrag darf jedoch nicht den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer der Sozialistischen Republik Rumänien übersteigen, der auf diese Einkünfte entfällt.

#### Artikel 20

#### Verständigungsverfahren

- (1) Ist eine in einem Vertragstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragstaates oder beider Vertragstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragstaates unterbreiten, in dem sie ansässig ist.
- (2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.
- (3) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.
- (4) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten können für die Zwecke der Anwendung dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

# Artikel 21

# Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten werden gegenseitig die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Informationen austauschen.

Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden mitgeteilt werden, die mit der Veranlagung und Erhebung der unter dieses Abkommen fallenden Steuern befaßt sind.

- (2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragstaaten:
- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragstaates abweichen,
- Angaben zu übermitteln, die nach den geltenden Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragstaates nicht beschaffbar sind,
- c) Informationen, die ein Handels-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnis, ein Geschäftsverfahren preisgeben würden, oder Informationen, deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche, zu erteilen.

# Artikel 22

# Diplomatische und konsularische Vorrechte

Dieses Abkommen berührt nicht die diplomatischen und konsularischen Vorrechte nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer internationaler Vereinbarungen. conformitate cu legislația Republicii Federale Germania și în concordanță cu prezenta convenție.

Suma care urmează a fi luată în considerare nu trebuie sa depășească totuși partea din impozitul Republicii Socialiste România aferentă acestor venituri, stabilită înainte de luarea în considerare.

#### Articolul 20

#### Procedura Amiabilă

- (1) Cind o persoană care își are reședința într-un stat contractant apreciază că măsurile luate de un stat contractant sau de ambele state contractante au avut sau vor avea ca urmare o impozitare care nu este conformă cu prezenta convenție, ea poate, indiferent de căile de atac prevăzute de legislația națională a acestor state, să supună cazul său autorității competente a statului al cărui rezident este.
- (2) Dacă această autoritate competentă consideră că reclamația este întemeiată și dacă ea însăși nu este în măsură să aducă o resolvare satisfăcătoare, se va strădui să rezolve cazul pe cale amiabilă cu autoritatea competentă a celuilalt stat contractant, în vederea evitării unei impozitări care nu este conformă cu convenția.
- (3) Autoritățile competente ale statelor contractante se vor strădui ca, de comun acord, să înlăture dificultățile sau îndoielile la care poate da loc aplicarea sau interpretarea convenției. Ele pot, de asemenea, să se consulte împreună în vederea evitării dublei impuneri în cazurile neprevăzute de convenție.
- (4) Autoritățile competente ale statelor contractante pot comunica direct între ele în vederea aplicării dispozițiilor prezentei convenții.

# Articolul 21

# Schimb de informații

 Autoritățile competente ale statelor contractante vor face schimb de informații necesare aplicării prezentei conventii

Toate informațiile obținute pe această cale vor fi ținute în secret și nu vor putea fi comunicate decît persoanelor sau autorităților care au sarcina stabilirii și încasării impozitelor vizante de prezenta convenție.

- (2) Dispozițiile paragrafului 1 nu pot fi în nici un caz interpretate ca impunind unuia din statele contractante obligația:
- a) de la lua măsuri administrative contrare prevederilor legislației sau practicii administrative proprii sau a celuilalt stat contractant;
- b) de a furniza informații care nu ar putea fi obținute pe baza prevederilor legislației în vigoare sau în cadrul practicii administrative normale proprii sau a celuilalt stat contractant;
- c) de a transmite informaţii care ar da la iveală un secret comercial, de afaceri, profesional sau un procedeu comercial ori informaţii a căror comunicare ar fi contrară ordinei publice.

# Articolul 22

#### Privilegii diplomatice si consulare

Dispozițiile prezentei convenții nu afectează privilegiile diplomatice și consulare conforme cu regulile generale ale dreptului internațional sau stabilite pe baza unor acorduri internaționale speciale.

# Artikel 23

Dieses Abkommen wird auch auf Berlin (West) ausgedehnt, entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. 9. 1971 in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren

#### Artikel 24

#### Inkrafttreten

- (1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bukarest ausgetauscht werden.
- (2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunder in Kraft und ist anzuwenden:
- a) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für den Veranlagungszeitraum 1972 und die folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;
- b) in der Sozialistischen Republik Rumänien auf die Steuern, die für den Veranlagungszeitraum 1972 und die folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden:
- c) in beiden Vertragstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Erträgen, die nach dem 31. Dezember 1971 gezahlt werden.

#### Artikel 25

#### Außerkrafttreten

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragstaaten bis zum dreißigsten Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf des Jahres, das dem Jahr des Inkrafttretens folgt, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragstaat auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden:

- a) auf Veranlagungszeiträume, die nach dem 31. Dezember des Kündigungsjahres beginnen;
- auf im Abzugsweg erhobene Steuern von Erträgen, die nach dem 31. Dezember des Kündigungsjahres gezahlt werden.

GESCHEHEN zu Bonn am 29. Juni 1973 in zwei Urschriften, jede in deutscher und rumänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

#### Articolul 23

Prezenta convenție se extinde și asupra Berlinului (occidental), conform Acordului cvadripartit din 3 septembrie 1971, în concordanță cu procedurile stabilite.

#### Articolul 24

#### Intrarea în vigoare

- (1) Prezenta convenție necesită ratificarea; instrumentele de ratificare vor fi schimbate cît mai curînd posibil, la București.
- (2) Prezenta convenție va intra în vigoare în termen de o lună de la data schimbului instrumentelor de ratificare și se va aplica:
- a) în Republica Federală Germania la impozitele care se percep pentru perioada de impunere pe anul 1972 şi următoarele perioade de impunere;
- b) în Republica Socialistă România la impozitele care se percep pentru perioada de impunere pe anul 1972 şi următoarele perioade de impunere;
- c) în ambele state contractante la impozitele realizate prin reţinere, din veniturile încasate după data de 31 decembrie 1971.

#### Articolul 25

#### Denuntarea

Prezenta convenție va rămîne în vigoare pe o durată nedeterminată, dar fiecare stat contractant va putea să denunțe convenția, în scris, pe cale diplomatică fată de celălalt stat contractant, pină la data de 30 iunie a fiecărui an calendaristic, după expirarea anului care urmează anului în care convenția a intrat în vigoare; în acest caz convenția nu se mai aplică:

- a) la perioadele de impunere care încep după data de 31 decembrie a anului în care s-a făcut denuntarea;
- b) la impozitele realizate pe cale de reţinere din veniturile încasate după data de 31 decembrie a anului în care s-a făcut denunţarea.

INCHEIATA la Bonn la data de 29 iunie 1973, în două exemplare originale, în limbile germană și română, fiecare text avînd aceeași valabilitate.

Für die Bundesrepublik Deutschland Pentru Republica Federală Germania Scheel

Für die Sozialistische Republik Rumänien Pentru Republica Socialistă România Păţan

#### Protokoll

#### **Protocol**

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Sozialistische Republik Rumänien

Haben anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am 29. Juni 1973 in Bonn die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens bilden.

# (1) Zu den Artikeln 2 und 19

Bei der Anwendung dieser Artikel in der Sozialistischen Republik Rumänien gilt die Gewinnabgabe der rumänischen staatlichen Unternehmen als Steuer der Sozialistischen Republik Rumänien im Sinne dieser Artikel.

#### (2) Zu Artikel 5

Eine Bauausführung, die in einem Vertragstaat von einem Unternehmen des anderen Vertragstaats unterhalten wird, gilt nicht als Betriebstätte, wenn ihre Dauer 18 Monate nicht überschreitet. Diese Regel gilt nur für den in Artikel 24 genannten Veranlagungszeitraum und die vier folgenden Veranlagungszeiträume.

Einrichtungen von Presse-, Rundfunk- und Fernsehunternehmen gelten nicht als Betriebstätten, wenn die eingeholten Informationen ausschließlich dem Unternehmen übermittelt werden, das die Einrichtungen unterhält.

#### (3) Zu Artikel 7

Bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns einer Betriebstätte sind Entgelte, die ein Bauunternehmen an ein Subunternehmen für von diesem ausgeführte Arbeiten leistet, nach Maßgabe des Rechts des Staates, in dem die Betriebstätte liegt, als Betriebsausgaben abzugsfähig.

# (4) Zu Artikel 9

Es besteht Einverständnis, daß die in der Sozialistischen Republik Rumänien nach Artikel 13 des Dekrets Nr. 425 vom 2. November 1972 erhobene Steuer von den ins Ausland überwiesenen Gewinnanteilen aus den Gemischten Gesellschaften als Steuer anzusehen ist, die von Dividenden im Sinne des Artikels 9 Absatz 4 erhoben wird.

# (5) Zu Artikel 13

Bei einer Person, die in einem Vertragstaat nach Artikel 4 ansässig ist und im anderen Vertragstaat vorübergehenden Aufenthalt im Sinne des Artikels 13 Absatz 2 nimmt, um in diesem Vertragstaat bei einer Bauausführung, die von einem Unternehmen des erstgenannten Staates unterhalten wird, als Arbeitnehmer dieses Unternehmens tätig zu sein, tritt an die Stelle der in Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe a genannten Frist die Dauer vorübergehenden Aufenthalts, sofern dieser Aufenthalt die Frist nicht überschreitet, innerhalb deren die Bauausführung nach dem Schlußprotokoll zu Artikel 5 keine Betriebstätte begründet.

Republica Federală Germania

si

Republica Socialistă România

Cu prilejul semnării convenției intervenite între ambele state, privitoare la evitarea dublei impuneri pe venit și pe avere, au stabilit, de comun acord, la data de 29 iunie 1973 la Bonn următoarele prevederi care fac parte integrantă din această convenție:

#### (1) Privitor la articolele 2 si 19

La aplicarea prevederilor acestor articole în Republica Socialistă România beneficiul pe care întreprinderile de stat române îl varsă la bugetul de stat se consideră ca impozit al Republicii Socialiste România în sensul acestor articole.

#### (2) Privitor la articolul 5

Un santier de construcții care este întreținut într-un stat contractant de o întreprindere a celuilalt stat contractant nu se consideră sediu stabil dacă durata sa nu depășește 18 luni. Această regulă este aplicabilă numai pentru perioda de impunere menționată de articolul 24 și pentru următoarele patru perioade de impunere.

Centrele stabile de presă, radio și televiziune nu se consideră sedii stabile dacă informațiile culese sînt transmise exclusiv întreprinderii care întreține acele centre stabile.

# (3) Privitor la articolul 7

La stabilirea venitului impozabil al unui sediu stabil, plățile făcute de o întreprindere de construcții unei subantreprize pentru lucrările efectuate de aceasta pot fi scăzute ca fiind cheltuieli ale întreprinderii în conformitate cu legislația statului în care se află sediul stabil.

#### (4) Privitor la articolul 9

Există consensul că impozitul perceput în Republica Socialistă România potrivit articolului 13 din Decretul 425 din 2 noiembrie 1972 asupra părților din beneficiul societăților mixte transferat în străinătate, este considerat ca impozit pe dividende în sensul articolui 9 paragraful 4.

# (5) Privitor la articolul 13

In cazul unei persoane care își are reședința într-un stat contractant conform prevederilor articolului 4 și locuiește temporar în celălalt stat contractant în sensul articolului 13 paragraful 2, ca să exercite în acest al doilea stat contractant o activitate pe un șantier de construcții ca angajat al unei înterprinderi din primul stat contractant care întreține acel șantier, în locul termenului prevăzut de articolul 13 paragraful 2 litera a, se ia în considerare durata șederii temporare, în măsura în care această ședere nu depășește termenul înăuntrul căruia, în conformitate cu prevederile protocolului final privitoare la articolul 5, un șantier nu se consideră că este un sediu stabil.

Diese Regel gilt nur für den in Artikel 24 genannten Veranlagungszeitraum und die vier folgenden Veranlagungszeiträume.

#### (6) Zu Artikel 19

Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens gilt nur dann, wenn die Betriebstätte oder die Gesellschaft, an der die Beteiligung besteht, ihre Einnahmen ausschließlich oder fast ausschließlich aus folgenden innerhalb der Sozialistischen Republik Rumänien ausgeübten Tätigkeiten bezieht: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, technische Dienstleistung oder Bank- bzw. Versicherungsgeschäfte. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, ist Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe b anzuwenden; bei der Besteuerung des Vermögens ist die in der Sozialistischen Republik Rumänien erhobene Steuer von den in der Sozialistischen Republik Rumänien gelegenen Vermögenswerten nach Maßgabe der Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer anzurechnen.

#### (7) Zu Artikel 20

Die zuständigen Behörden der Vertragstaaten unterrichten sich auf Verlangen gegenseitig über wesentliche Änderungen ihrer Steuergesetze und beraten bei erheblichen Änderungen gemeinsam, um festzustellen, ob Änderungen des Abkommens erwünscht sind.

Această regulă este valabilă numai pentru perioadele de impunere menționate la articolul 24 și pentru următoarele patru periode de impunere.

#### (6) Privitor la articolul 19

Prevederile articolului 19 paragraful 2 litera a ale prezentei convenții se aplică numai în cazul cînd sediul stabil sau societatea în care există participarea obține veniturile sale exclusiv sau aproape exclusiv din următoarele activități exercitate în Republica Socialistă România: fabricarea sau vinzarea de bunuri sau mărfuri, prestări de servicii tehnice, afaceri de bancă sau de asigurări. În cazul cînd aceste condiții nu sînt îndeplinite, se vor aplica prevederile articolului 19 paragraful 2 litera b; în cazul impunerii averii, impozitul încasat în Republica Socialistă Romănia asupra valorilor patrimoniale va fi scăzut din impozitul perceput în Republica Federală Germania potrivit prevederilor legislației fiscale a Republicii Federale Germania privitor la deducerea impozitelor percepute în străinătate.

#### (7) Privitor la articolul 20

Autoritățile competente ale statelor contractante se vor informa reciproc, la cerere, privitor la modificările importante survenite în legislația lor fiscală și se vor consulta în comun pentru a stabili dacă sint necesare modificări ale convenției.

Für die Bundesrepublik Deutschland Pentru Republica Federală Germania Scheel

Für die Sozialistische Republik Rumänien Pentru Republica Socialistă România

Pătan

# Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 5/75 — Zollkontingente für griechische Weine)

#### Vom 17. April 1975

Auf Grund des § 77 Abs. 4 Nr. 2 des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 529), zuletzt geändert durch das Fünfzehnte Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 3. August 1973 (Bundesgesetzbl. I S. 940), wird verordnet:

#### § 1

Im Deutschen Teil-Zolltarif (Bundesgesetzbl. 1968 II S. 1044) in der zur Zeit geltenden Fassung werden im Anhang "Besondere Zollsätze gegenüber Griechenland" die Zusätzlichen Anmerkungen zu Tarifnummer 22.05 wie folgt geändert:

- In der Zusätzlichen Anmerkung 3 wird das Wort "Wein" jeweils ersetzt durch das Wort "Waren".
- In der Zusätzlichen Anmerkung 6 wird das Datum "30. April 1975" ersetzt durch das Datum "31. Oktober 1975".
- 3. Die Zusätzliche Anmerkung 7 erhält folgende Fassung:
  - "7. Für Waren (aus Tarifstelle 22.05 C) griechischer Erzeugung, die bis 31. Oktober 1975 der Zollstelle gestellt werden, wird bis zu
    - a) einer Menge von 50 000 hl tarifliche Zollfreiheit gewährt, wenn die Waren unter den in der Zusätzlichen Anmerkung 3 genannten Bedingungen abgefertigt werden,

 b) einer Menge von 68 500 hl tarifliche Zollfreiheit gewährt, wenn die Waren unter den in den Zusätzlichen Anmerkungen 2, 4 und 5 genannten Bedingungen abgefertigt werden.

Nicht ausgenutzte Teilmengen sind ab 1. Juli 1975 gegeneinander austauschbar. Wird eine Teil-Zollkontingentsmenge vor diesem Zeitpunkt vollständig ausgenutzt, so werden Waren, die die Voraussetzungen dieses Teil-Zollkontingents erfüllen und für die wirksame Zollanträge in der Zeit von der Erschöpfung der Teil-Zollkontingentsmenge bis zum 30. Juni 1975 gestellt worden sind, gleichzeitig zum ersten Anrechnungszeitpunkt im Monat Juli 1975 auf die nicht ausgenutzte Teilmenge des anderen Teil-Zollkontingents angerechnet."

#### §2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

δ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1975 in Kraft.

Bonn, den 17. April 1975

Der Bundesminister der Finanzen In Vertretung Dr. Hiehle

# Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Kapitalhilfe

Vom 21. März 1975

In Nouakchott ist am 18. Januar 1975 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 18. Januar 1975

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht

Bonn, den 21. März 1975

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Im Auftrag Böll

# Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Kapitalhilfe

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Mauretanien,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Islamischen Republik Mauretanien beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

# Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt Main, für das Projekt Erweiterung des Flughafens Nema, wenn nach Prüfung seine Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, ein Darlehen bis zu zehn Millionen Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

#### Artikel 2

- (1) Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.
- (2) Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, garantiert gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers auf Grund der nach Absatz 1 abzuschließenden Verträge.

#### Artikel 3

Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Mauretanien erhoben werden.

#### Artikel 4

Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

#### Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

#### Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

#### Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

#### Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Nouakchott am 18. Januar 1975 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

> Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland von Magnus

Für die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien Abdallahi Ould Cheikh

# Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit

Vom 26. März 1975

In Bonn ist am 1. November 1974 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 14

am 15. Januar 1975

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 26. März 1975

Der Bundesminister für Wirtschaft Im Auftrag Schüßler

#### Abkommen

zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und

die Regierung der Volksrepublik Polen

in dem Wunsche, in Übereinstimmung mit dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970 die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit in beiderseitigem Interesse zu erleichtern und zu vertiefen —

in dem Bestreben, im Interesse der Festigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Möglichkeiten zu nutzen, die die Wirtschaftskraft der Vertragsparteien bietet —

in Erkenntnis der Bedeutung, die langfristige Vereinbarungen für die Sicherung und Erweiterung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit und damit für die Weiterentwicklung der gegenseitigen Beziehungen haben —

unter Berücksichtigung der sich entwickelnden wirtschaftlichen Zusammenarbeit seit Abschluß des Langfristigen Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über den Warenverkehr und die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichtechnischem Gebiet vom 15. Oktober 1970 und der Zugehörigkeit beider Vertragsparteien zum Allgemeinen Zollund Handelsabkommen (GATT) —

sind wie folgt übereingekommen:

# Artikel 1

Die Vertragsparteien sind entschlossen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf der Grundlage des beiderseitigen Nutzens zu erweitern und zu vertiefen. Sie werden ihre Anstrengungen fortsetzen, günstige Voraussetzungen für eine dynamische und harmonische Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen, Organisationen und Institutionen zu schaffen. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen treffen sie in liberalem Geist und gemäß den internationalen Verpflichtungen, insbesondere den in der Präambel zu diesem Abkommen erwähnten Verpflichtungen.

# Artikel 2

Die Vertragsparteien werden durch die in Artikel 11 eingesetzte Gemischte Regierungskommission die Bereiche abstimmen, in denen langfristig eine Ausweitung der Zusammenarbeit nützlich erscheint.

Für die Kooperation kommen insbesondere folgende Bereiche in Betracht: Maschinen- und Anlagenbau, Hüttenwesen, chemische Industrie (einschließlich Kohleverarbeitung), Mineralölverarbeitung, elektrotechnische Industrie (einschließlich elektronische Industrie), Bauindustrie, Leichtindustrie, Rohstoff- und Energieerzeugung, Landwirtschaft und Ernährungsindustrie.

#### Artikel 3

Die Vertragsparteien werden die Vereinbarung und Durchführung von möglichst langfristigen Verträgen zwischen Unternehmen, Organisationen und Institutionen über Vorhaben der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit anregen und unterstützen, um dadurch engere Bindungen zwischen den Volkswirtschaften der beiden Länder zu schaffen.

#### Artikel 4

Die vertraglichen Bedingungen für die einzelnen Vorhaben der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit werden von den jeweils interessierten Unternehmen, Organisationen und Institutionen beider Seiten in Einklang mit den in jedem der beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften vereinbart.

#### Artikel 5

Die industrielle und landwirtschaftliche Zusammenarbeit, die durch langfristige Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Organisationen und Institutionen der beiden Länder entwickelt werden soll, umfaßt:

- gegenseitige Lieferungen von Rohstoffen, Halbwaren, Teilen und Elementen für ihre Verarbeitung, Bearbeitung (einschließlich Veredelung) oder Montage in einem Land oder in beiden Ländern und den Vertrieb der erzeugten Waren auf dem Markt des einen Landes, beider Länder oder auf dritten Märkten unabhängig davon, in welchem Land diese Waren erzeugt oder veredelt worden sind;
- den Ausbau und die Modernisierung bestehender beziehungsweise den Bau neuer Unternehmen, die Modernisierung technischer oder technologischer Verfahren in einem der beiden Länder durch Lieferung von Maschinen und technischen Ausrüstungen oder von Lizenzen, Know-how, technischer und technologischer Dokumentation. Diese Lieferung kann mit dem Bezug von Waren verbunden sein, die mit ihrer Hilfe hergestellt werden, soweit hieran ein Interesse besteht, das sich aus dem Bedarf der Kooperationspartner ergibt;
- die Versorgung mit Energie und Rohstoffen, Halbwaren, Teilen und Elementen oder mit Endprodukten für die laufende Produktion von Wirtschaftsunternehmen des anderen Landes oder für die Erweiterung beziehungsweise Ergänzung ihres Produktions- beziehungsweise Vertriebsprogramms.

# Artikel 6

Die Vertragsparteien werden die Entwicklung der technischen Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten unterstützen und erleichtern, die sich insbesondere erstreckt auf:

- den Austausch von Patenten, Linzenzen, Know-how,
- -- die Anwendung und Verbesserung bestehender und Entwicklung neuer technischer Verfahren,

- den Erfahrungsaustausch und Vereinbarungen unter anderem auf den Gebieten der Normung, der Metrologie und der Materialprüfung,
- den Austausch von Fachleuten und Praktikanten,
- den Austausch von technischer Information und Dokumentation,
- die Veranstaltung gemeinsamer Lehrgänge, Symposien, Seminare und Ausstellung durch Unternehmen, Organisationen und Institutionen.

#### Artikel 7

Als wichtige landwirtschaftliche Erzeugerländer werden beide Vertragsparteien insbesondere auch die Kooperation zwischen Unternehmen und Organisationen, die eine Ausweitung der Beziehungen auf dem Gebiet der Land- und Ernährungswirtschaft zur Folge haben könnte, anregen und unterstützen.

#### Artikel 8

Die Vertragsparteien werden die Zusammenarbeit von Unternehmen, Organisationen und Institutionen auf dritten Märkten unterstützen.

Die Vertragsparteien werden die Anwendung verschiedener Kooperationsformen auf ihrem Gebiet sowie die Frage der Gründung gemischter Gesellschaften in dritten Ländern wohlwollend prüfen und hierbei die Erfahrungen von Unternehmen beider Seiten nutzen, um die Voraussetzungen für die Durchführung von Kooperationsvorhaben zu erweitern.

#### Artikel 9

Die Vertragsparteien werden sich gegenseitig zur Durchführung von im beiderseitigen Interesse liegenden Vorhaben der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit ohne irgendeine besondere Einschränkung im Rahmen der im Gebiet jeder Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften möglichst günstige Behandlung gewähren.

#### Artikel 10

Die Vertragsparteien sind sich der Bedeutung bewußt, die die Finanzierung einschließlich der Gewährung von Krediten für die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit hat. Sie werden deshalb Anstrengungen unternehmen, damit derartige Finanzierungen und Kredite im Rahmen der in beiden Ländern bestehenden Regelungen zu möglichst günstigen Bedingungen gewährt werden.

# Artikel 11

Um die Bestimmungen dieses Abkommens zu verwirklichen, setzen die Vertragsparteien eine Gemischte Regierungskommission zur Entwicklung der Wirtschaftlichen, Industriellen und Technischen Zusammenarbeit ein. An der Arbeit der Kommission können Vertreter der Wirtschaft teilnehmen. Die Kommission tritt mindestens einmal jährlich abwechselnd in einem der beiden Länder

zusammen. Sie kann im gegenseitigen Einvernehmen unter dem Vorsitz von Ministern oder ihren Vertretern tagen.

Zu den Aufgaben der Kommission gehört:

- Vorschläge für die langfristigen Perspektiven der Entwicklung der beiderseitigen wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit auszuarbeiten,
- die Bereiche abzustimmen, in denen eine Zusammenarbeit möglich und nützlich erscheint,
- die Durchführung dieses Abkommens zu unterstützen und zu überwachen,
- einen regelmäßigen Meinungsaustausch über die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit zu führen sowie neue Kooperationsmöglichkeiten und Themen für bestimmte Bereiche in beiden Ländern und auf dritten Märkten festzustellen,
- sonstige Fragen zu erörtern, die sich aus der Durchführung dieses Abkommens ergeben,
- mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängende Beschlüsse oder Empfehlungen auszuarbeiten und diese den Vertragsparteien vorzulegen.

Die Arbeitsweise der Kommission ist in der Satzung geregelt, die eine Anlage zu diesem Abkommen bildet und Bestandteil des Abkommens ist.

#### Artikel 12

Entsprechend dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

#### Artikel 13

, Dieses Abkommen berührt nicht die von der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen früher abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge und Vereinbarungen.

# Artikel 14

Dieses Abkommen gilt für die Dauer von zehn Jahren. Es tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Vertragsparteien sich gegenseitig notifiziert haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Die Vertragsparteien werden spätestens sechs Monate vor Ablauf der Gültigkeitsdauer die zur weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit erforderlichen Maßnahmen vereinbaren.

Tritt dieses Abkommen außer Kraft, so hat dies keinen Einfluß auf die Rechtsgültigkeit und Durchführung von Verträgen, die zwischen interessierten Unternehmen, Organisationen und Institutionen der beiden Länder im Zusammenhang mit diesem Abkommen abgeschlossen wurden

GESCHEHEN zu Bonn am 1. November 1974 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

> Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Genscher

Für die Regierung der Volksrepublik Polen

Olszewski

Anlage

# Satzung

der Gemischten Regierungskommission zur Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit

Gemäß Artikel 11 des am 1. November 1974 unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit wird folgendes festgelegt:

#### Artikel 1

Beide Regierungen unterrichten sich rechtzeitig in schriftlicher Form über ihre Vorschläge zur Tagesordnung und die Zusammensetzung der Delegation in der Kommission.

#### Artikel 2

- (1) Die Kommission tritt zu ordentlichen und außerordentlichen Sitzungen zusammen.
- (2) Ordentliche Sitzungen finden einmal jährlich abwechselnd in einem der beiden Staaten statt. Der Zeitpunkt und die Tagesordnung werden im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.
- (3) Außerordentliche Sitzungen können, wenn die Tagesordnung dies erfordert, auf Antrag einer der beiden Seiten einberufen werden.
- (4) Mit Einverständnis der beiden Delegationsvorsitzenden kann die Tagesordnung im Verlauf der Sitzung erweitert werden.

#### Artikel 3

Die Kommission kann Arbeitsgruppen, insbesondere zur Prüfung einzelner Kooperationsbereiche und zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die Lösung bestehender Probleme, einsetzen.

#### Artikel 4

Uber die Sitzungen der Kommission und der Arbeitsgruppen werden Protokolle gefertigt, die die Ergebnisse der Sitzungen festhalten.

#### Artikel 5

In der Zeit zwischen den Sitzungen der Kommission können Fragen der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit durch direkten Kontakt, durch Konsultationen oder durch Briefwechsel zwischen den Vorsitzenden beider Delegationen sowie im Rahmen ihrer Aufgaben auch zwischen den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen erledigt werden.

#### Artikel 6

- (1) Die Sitzungsprotokolle werden in zwei Urschriften, davon eine in deutscher und eine in polnischer Sprache, gefertigt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
- (2) Der Briefwechsel zwischen den Vorsitzenden beider Delegationen in der Kommission und in den Arbeitsgruppen kann in deutscher und in polnischer Sprache geführt werden.

# Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Protokolle zur Verlängerung des Weizenhandels- und des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971

# Vom 11. April 1975

Das Protokoll zur Verlängerung des Weizenhandels-Übereinkommens von 1971 (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 219) ist nach seinem Artikel 9 Abs. 2 in Kraft getreten für

Algerien	am	19. Februar	1975
Bolivien	am	27. Dezember	1974
Kuba	am	30. Dezember	1974
Libyen	am	13. Februar	1975
Luxemburg	am	21. Januar	1975
Nigeria	am	28. Januar	1975
Osterreich	am	27. Dezember	1974
Portugal	am	20. Februar	1975
Schweiz	am	27. Januar	1975

Das Protokoll zur Verlängerung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1971 ist nach seinem Artikel IX Abs. 2 für

Luxe	mburg	am	21. Januar	1975
Schw	eiz	am	27. Januar	1975

in Kraft getreten.

Bonn, den 11. April 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen Im Auftrag Dreher

# Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Weltgesundheitsorganisation

# Vom 14. April 1975

Die Satzung der Weltgesundheitsorganisation vom 22. Juli 1946 in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1974 (Bundesgesetzbl. II S. 43) ist nach ihren Artikeln 4 und 79 für

Botsuana

am 26. Februar 1975

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Februar 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 276).

Bonn, den 14. April 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen Im Auftrag Dreher

# Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Ubereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs

# Vom 15. April 1975

Das Übereinkommen vom 9. April 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs (Bundesgesetzbl. 1967 II S. 2434, 1971 II S. 1377) ist nach seinem Artikel XI für

Chile

am 15. April 1975

Syrien

am 7. April 1975

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. März 1974 (Bundesgesetzbl. II S. 314).

Bonn, den 15. April 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen Im Auftrag Dreher

# Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 290. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. März 1975, ist im Bundesanzeiger Nr. 73 vom 18. April 1975 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs

sowie Hinweise auf die

Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen und auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 73 vom 18. April 1975 kann zum Preis von 1,— DM (einschl. Versandgebühr) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto "Bundesanzeiger" Köln 834 00-502 bezogen werden.

# Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Ver'ag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. - Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30 4 bzw. 31, 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach 6 24, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblätt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,60 DM (2,20 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3.— DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.